

Glückwünsche
Redaktion
und Verwaltung:
Brag II.,
Dobrošova nám. 32.
Telephon 6793,
nachts 6797.
Telegramm-Adressen:
Sozialdemokrat, Brag II.,
Dobrošova nám. 32.
Bollschekami 57544.
Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . KZ 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—
Abnahme
von Abonnements erfolgt
nur bei Einzahlung der
Retourkarten.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 2. August 1923.

Nr. 178.

Benesch auf Reisen.

Wir haben jetzt festen das Vergnügen, den Minister des Äußeren in Prag zu sehen. Zuerst pendelte er mehrere Wochen lang zwischen Paris, London und Brüssel herum, um die Regierungen der alliierten Staaten in der Reparationsfrage über den Standpunkt der Kleinen Entente und besonders der Tschechoslowakei zu „informieren“, was bei Dr. Benesch so viel besagt, daß er die Verbündeten beschwor, an dem Friedensdiktat am Gottes Willen nicht zu sehr zu rütteln. Er war dann gerade nur solange in Prag, um den Journalisten der tschechischen Koalitionspresse vertrauliche, höchst vertrauliche Mitteilungen über die Ergebnisse seiner Reise zu machen. Die Redakteure der anderen Blätter zu informieren, hielt er nicht für notwendig. Ebenfalls die Abgeordneten und Senatoren. Nicht einmal die äußeren Ausschüsse des Parlamentes. Herr Dr. Benesch, wenn er über die Frage des Verhältnisses des Staates zu den Nachbarstaaten verhandelt, erachtet dies für seine ureigenste Privatangelegenheit, bestenfalls für eine Angelegenheit, die noch die Journalisten der Koalition etwas angeht. Kaum war sein Stellbüchlein mit den tschechischen Pressevertretern vorüber, begab sich Herr Dr. Benesch nach Sinaia in Rumänien zur Konferenz der auswärtigen Minister der Staaten der Kleinen Entente. Daß die Bürger der Tschechoslowakei registriert werden, dieses Gefühl haben sie selten genug, denn hier geht alles wie es will, außer man will Kopflosigkeit, Verwaltungsschlamperei und Drangsalierung der Presse als Ausdruck und Inbegriff des Regierens ansehen. Umso geschäftiger zeigt sich die Regierungstätigkeit nach außen. Die Politik keines Großstaates bringt ihren Minister für Auswärtiges so außer Atem, wie die auswärtige Politik der Tschechoslowakei — die ja immerhin noch keine Großmacht ist — dies dem Herrn Dr. Benesch zusügt. Oder ist es gerade umgekehrt? Es sei wie immer, Tatsache bleibt, daß Herr Baldwin, der Ministerpräsident Großbritanniens, nicht halb so viel zu tun hat, wie Herr Benesch, der neben vielen anderen Prädikaten auch das des meistreisenden Ministers für sich in Anspruch nehmen kann.

Die Reisefreudigkeit wäre Herrn Dr. Benesch zu gönnen, wenn er dabei nicht die Haut der Staatsbürger zu Marke tragen würde. Aber wer kann sagen, daß dies nicht geschieht. Was er in den Hauptstädten der Weststaaten wollte, darüber geruht er nicht, sich zu äußern, und wenn er auch vom Parlament dazu gezwungen werden könnte, — aber Gott und das Parlament sind weit! — so kann man nach allen Erfahrungen darauf wetten, daß er die ägyptische Finsternis, in die er seine äußere Politik taucht, um nichts erhellen würde. Beneschs Reisen in Frankreich, England und Belgien können der Tschechoslowakei die schwerste, dauernde Feindschaft Deutschlands zuziehen: was geht das die Staatsbürger an? Nach Sinaia fuhr er, um sein etwas wacklig gewordenes Werk der Kleinen Entente zu befestigen und wenn möglich neue Bündnisse einzugehen, deren Bindungen dem Staate einmal gefährlich werden können: auch das geht die Bürger nicht an, die gemäß den Errungenschaften der neuen tschechoslowakischen Demokratie nur dazu da ist, Steuern zu zahlen und die Folgen der etwaigen Mißgriffe ihrer Regierer auszulösen. Nächst wurden die Generalkonferenzen der Staaten der Kleinen Entente ins Pariser Hauptquartier berufen, aber welche Weisungen sie dort empfangen, bleibt in mystisches Dunkel gehüllt. Morgen aber werden die offiziellen Schriftentente und Druckerwärze an den Nachweis wenden, daß die Geheimdiplomatie tot und begraben ist.

In Sinaia werden freilich alle Blütenträume des Herrn Außenministers nicht gereift sein. Die Kleine Entente erfüllte ihren ursprünglichen Wunsch, Wächter gegenüber Ungarn zu sein, doch zeigte es sich bald, daß sie nicht das sein konnte, wozu sie ihr Vater gestatten wollte: ein Bündnis zum Schutze der gleichen Wünsche und Interessen der vertrag-

Um Deutschlands Schicksal.

„Festsetzung der Reparationen. Rückgabe des Ruhrgebietes.“

Nach den „Times“ die ersten Rotwendigkeiten.

London, 1. August. (N. A.) Heute vor-mittag kamen die Mitglieder der Regierung in den Amtsräumen des Ministerpräsidenten in der Downing Street zu einer Beratung über die französische und belgische Antwort zusammen. Der Inhalt der beiden Antworten wird von den amtlichen Kreisen auch weiterhin streng geheimgehalten werden, trotzdem bekundet die Presse Befürchtungen, daß namentlich die französische Antwort nur wenig Hoffnung auf eine sofortige Einigung bietet. Es habe den Anschein, daß die Lösung des Ruhrproblems keineswegs fortgeschritten sei, und daß die grundsätzliche Verschiedenheit der Standpunkte der beiden Regierungen dieselbe bleibt wie sie war. Es wurde nunmehr definitiv beschlossen, daß die Wechselrede über die internationale Situation morgen im Parlament angeführt werden soll.

Die „Times“ schreiben unter anderem: Es ist klar, daß kein Finanzreformplan eine wahrhafte Wirkung haben kann, so lange die Reparationsverpflichtungen Deutschlands nicht definitiv festgesetzt sind und das Ruhrgebiet Deutschland nicht zurückgegeben wird. Dies sind die zwei wichtigsten Faktoren für die Herstellung einer Beständigkeit in den deutschen Zuständen. Sollte es gelingen, diese zwei Fragen morgen zu lösen, würde zweifelhaft eine sofortige und bedeutende Erholung der deutschen Währung eintreten.

Heute fällt die englische Entscheidung.

London, 1. August. (Pavas.) Das Kabinett wird sich erst morgen mit der französischen und der belgischen Antwort befassen, in eingehender Weise die Reparationsfrage prüfen und sodann die Entscheidung darüber treffen, ob es angezeigt ist, die Verhandlungen mit Frankreich noch weiter fortzusetzen. Einige Kreise haben den Eindruck, daß die Antwort Frankreichs die Möglichkeit bietet, bei weiteren Verhandlungen zu einer einheitlichen Politik gegenüber Deutschland zu gelangen.

Die Wirkung der Markentwertung.

Berlin, 1. August. (Eigenbericht.) Der letzte Reichsbankausweis zeigt mit erschreckender Deutlichkeit die Wirkung der Markentwertung. Die Diskontschikanenweisungen vermehrten sich um über 9 Billionen auf 39 Billionen, der Notenumlauf von 6 auf 8,32 Billionen; der Goldbestand verringerte sich um 40,6 Millionen Goldmark auf 616 Millionen Goldmark.

schließenden Zeile. Denn diese Wünsche und Interessen waren durchaus nicht gleichartig. Zum Schutze gegen Ungarn, von dessen Körper jeder der drei Staaten der Kleinen Entente ein Stück durch die Friedensverträge zugeschnitten bekam, reichte das Bündnis noch aus, aber sonst gehen ihre Interessen recht weit auseinander. Gewiß wollen alle drei die Friedensverträge schützen, aber die Richtung, in welcher dieser Schutz gehen soll, weist nach allen vier Himmelsrichtungen. Neben Ungarn ist Deutschland noch immer für die Tschechoslowakei der gefährlichste Nachbar, woran der Umstand nichts ändert, daß Deutschland gegenwärtig ohnmächtig am Boden liegt. Dr. Benesch fürchtet darum doch immer, daß eines Tages Deutschland sich wieder erheben und eine Revision des Friedensdiktats durchsetzen könnte. Für Jugoslawien ist nicht Deutschland, dafür umso mehr Italien der Feind; und Rumänien sieht sich weder durch Deutschland, noch durch Italien beeinträchtigt, dafür umso mehr durch Rußland. Daß einer der Bündnisstaaten der Kleinen Entente in etwaigen, aus ihren nachbarlichen Feindschaftsverhältnissen sich ergebenden Konflikten von den zwei anderen Staaten militärische Hilfe zu erwarten hätte, das müßte wohl erst abgewartet werden. Sie werden jeder selbst darauf keine großen Hoffnungen setzen. Rumänien tanzt daher schon seit langem seine Extratour mit Polen, mit dem es die gleiche Furcht vor dem Wiedererstarken Rußlands verbindet. Beide befürchten, daß sie sich einmal

„Verhandlungen nur zwischen Gleichberechtigten.“

Berlin, 1. August. (Eigenbericht.) In der heutigen Abendausgabe des „Vorwärts“ behandelt der Chefredakteur Genosse Stampfer die Frage, ob es möglich wäre, mit Frankreich zu Verhandlungen zu kommen. Er führt aus, daß Frankreich die Kapitulation Deutschlands verlange, bevor es verhandeln wolle; Deutschland wäre aber mit einer Kapitulation nicht geholfen, denn dann müßte erst recht zwischen England und Frankreich über alle schwebenden Fragen verhandelt werden. Frankreich hätte dann eine weit günstigere Position als jetzt, denn es hätte dann gegen England alle Trümmer in der Hand und könnte warten. Die wirtschaftlichen Zustände würden noch schlimmer werden. Die Sozialdemokratie müsse deshalb darauf beharren, daß Verhandlungen nur zwischen Gleichberechtigten geführt würden; ihr Ziel müsse sein: nicht Festsetzung einer fremden Militärmacht in einem Lande, in dem sie nichts zu suchen habe, sondern die Beseitigung von der Fremd- und Gewalt Herrschaft. Wolle Frankreich verhindern, daß siebzig Millionen Deutsche ihre letzte Hoffnung auf das englische Weltreich und den französisch-englischen Gegensatz sehen, dann müsse es seine Politik gegenüber Deutschland ändern.

Für den Sturz Cunos.

Die heftigsten Genossen verlangen den Eintritt der D. S. P. in die Regierung.

Berlin, 1. August. (Eigenbericht.) In einer Versammlung der heftigsten Sozialdemokratie wurde nach einem Referat des Genossen Quessel eine Entschliebung angenommen, die sich gegen die Fortsetzung der bisherigen Finanz- und Wirtschaftspolitik wendet. Da der Regierung Cuno die Kraft der Durchführung wirksamer Maßnahmen zur Wiedergewinnung Deutschlands fehlt, hält die Konferenz den Sturz Cunos und den Wiedereintritt der sozialdemokratischen Partei in die Regierung für dringend erforderlich. Von der Reichstagsfraktion wird die Aufstellung eines Mindestprogramms als Verhandlungsbasis für die neue Regierungsbildung gefordert; ein Zusammengehen mit den Kommunisten wird abgelehnt.

Berlin, 1. August. Dem „Vorwärts“ zufolge wird in der Reichstagsfraktion vom 8. August voraussichtlich nicht nur Reichsfinanzminister Dr. Herms die neuen Steuerentwürfe begründen, sondern wahrscheinlich auch Reichskanzler Dr. Cuno selbst das Wort ergreifen.

dem gemeinsamen Gegner gegenübersehen werden, um das ihnen aus dem ehemaligen Ländereibeis Rußlands Zuteilgewordene verteidigen zu müssen. So ist wohl Rumänien wegen der Gefahr einer habsburgischen Restaurierung Mitglied der Kleinen Entente, aber zugleich hält es noch ein zweites Eisen im Feuer und pflegt die Bundesgenossenschaft mit Polen, das trotz aller Lodungen sich weigert, der Kleinen Entente beizutreten. Herr Seyda, der polnische Ministerpräsident, sandte denn auch zwar seine Sympathiegrüße zur Konferenz nach Sinaia, doch blieb dort Polen unvertreten. Die Festigung und der Ausbau der Kleinen Entente ist Herr Dr. Benesch in Sinaia also kaum gelungen.

Aber darum bleibt doch wahr, daß in der Bündnispolitik, wie sie Herr Dr. Benesch ganz im Stile der Vorkriegsdiplomatie betreibt, eine Gefahrenquelle liegt. Dennoch fühlt er sich der Pflicht erwidern, vom Parliamente sich vorher die Zustimmung zu holen, sondern er stellt es stets vor fertige Entscheidungen und Tatsachen. Wenn er aus Sinaia zurückkehrt, werden die gewählten Volksvertreter noch lange warten können, ehe der Herr Außenminister sich bemüßigt fühlen wird, ihnen Rede zu stehen. So darf das Spiel der Bündnisse und Gegenbündnisse, genau wie vor 1914, weitergehen. Der Einsatz bei diesem Spiele ist nur die Haut der Staatsbürger. Das scheint Herrn Benesch zu gering zu sein, um sein Verantwortlichkeitsgefühl zu strapazieren. Wie lange noch?

Börsenhausse und Wirtschaftskrise.

Während in den Nachkriegsjahren die Kurse der Aktien an der Börse von Zeit zu Zeit in besonders schnellem Tempo gestiegen sind, weil die Währungen der verschiedenen mitteleuropäischen Staaten immer mehr sanken und das Kapital vom Papiergeld in den Bereich der Aktien der Banken und großen industriellen Unternehmungen flüchtete, um sich vor den Folgen des Währungssturzes zu retten, ist in den letzten sechs Wochen ein Steigen der Effekten sowohl an der Wiener als auch an der Prager Börse wahrzunehmen, ohne daß sich der Wert der österreichischen beziehungsweise der tschechoslowakischen Krone merklich geändert hätte. Um einige Beispiele von dem steigenden Wert der Effekten zu geben, führen wir den Wert einzelner Papiere Mitte Juni und 1. August an. In dieser Zeit sind gestiegen: Die Aktien der Escomptebank von 372 auf 438 Kronen, Unionbank von 371 auf 440 Kronen, Zimojsterka Bank von 359 auf 438 Kronen, Schöller Fuderfabrik von 1640 auf 3000 Kronen, Alpine Montanengesellschaft von 265 auf 443 Kronen, Berg- und Hüttenwerksgesellschaft von 1698 auf 3980 Kronen, Stoda von 452 auf 629 Kronen, Brimmer Maschinenfabrik von 430 auf 650 Kronen.

Worin liegen nun die Ursachen dieser Effektenhausse? Es wurde schon gesagt, daß in der Entwicklung der tschechoslowakischen Währung diese Ursachen nicht begründet sein können. Angeregt wurde die Steigerung der Aktien an der Prager Börse zweifellos von den Vorgängen an der Wiener Börse, wo schon seit vielen Wochen eine Aufwärtsbewegung der Aktien zu bemerken ist. Die Ursachen der Wiener Hausse liegen wohl zum größten Teil in den Erwartungen, welche die Börsenspekulation in die Konzentration des Kapitals durch verschiedene Gruppen, an deren Spitze die größten Nachkriegsgewinner Deutschösterreichs stehen (Wosel, Castiglioni), setzt. Diese konzentrationstendenz hat auch auf die tschechoslowakische Industrie übergegriffen, was unter Umständen die Produktionskosten senken und die Ausbeuten der heimischen Industrie beleben könnte. Als Beispiel für diese Konzentration sei genannt die Verbindung zwischen der Wiener Unionbank, deren Präsident der erwähnte Wosel ist, und dem tschechoslowakischen Konzern der Firma Weinmann, oder die Verbindung zwischen Stinnes und Schneider-Creuzot, die über die Alpine Montanengesellschaft entstanden ist.

Den kurzsteigenden Anregungen der Wiener Börse konnte der tschechoslowakische Geldmarkt umso eher folgen, als gegenwärtig eine bedeutende Geldflüssigkeit in der Tschechoslowakei vorhanden ist, die wieder ihre Ursachen in der Wirtschaftskrise hat. Die Krise der Industrie bewirkt es, daß das Handels- und Industriekapital, welches sonst in Handel und Industrie festgelegt ist, frei ist und nach Betätigung drängt, d. h. Profit sucht, und dabei auf den Effektenmarkt stößt, wo es diesen Profit zu realisieren sucht. Während also im Lande die Wirtschaftskrise im ungeminderten Maße fort dauert, es tausende von Arbeitslosen gibt, deren Existenz immer schwieriger wird, da man die Höhe der Arbeitslosenunterstützung gekürzt hat, wirbeln die Kurse der Aktien in die Höhe und das Kapital macht fette Profite. Während die Arbeiter darben, verdienen die Kapitalisten.

Es gibt nun eine Möglichkeit, die große Geldflüssigkeit zu benutzen, um eine Linderung der Wirtschaftskrise und eine Verringerung der Arbeitslosigkeit herbeizuführen. Sie besteht darin, daß der Staat einen Teil dieser freien, Anlage suchenden Kapitalien an sich zieht und sie dazu verwendet, um die Investitionsbudget vorgeesehenen Bauten, die insgesamt einen Betrag von knapp drei Milliarden erfordern, auszuführen. Die Voraussetzung dazu wäre freilich, daß der Staat die Möglichkeit einer höheren, langfristigen Anleihe auf dem inländischen Geldmarkt schafft. Es heißt zwar, daß der Staat eine Anleihe von 500 Millionen Kronen im Inland aufnehmen will, aber dabei handelt es sich zweifellos um die Aufnahme eines Kontokorrentdarlehens bei den Banken. Die Aufnahme eines solchen Kontokorrentdarlehens bei den Banken hat, gleichviel, ob dieses Darlehen kurz- oder langfristig ist, Licht- aber noch mehr Schattenseiten. Die Lichtseiten sind darin zu erblicken, daß der angeforderte Betrag zur Verfügung steht, ohne Rücksicht auf einen allfälligen Zeichnungserfolg, weil sich die betreffende Bankengruppe eben verpflichtet, den vereinbarten Betrag zu übernehmen. Andererseits darf aber nicht übersehen werden, daß eine derartige Geldbeschaf-

fung durch den Staat teurer kommt als eine zur öffentlichen Subskription ausliegende Anleihe. Wenn aber der Staat eine verhältnismäßig billige Anleihe bekommen will, die zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt wird, dann muß er trotz aller politischen Bedenken, die die Koalitionsparteien dagegen haben, die Frage der **Kriegsanleihe** endlich einer Lösung zuführen, die der Hauptgrund dafür ist, daß der Staat auf dem inländischen Geldmarkt kein Vertrauen genießt. So aber muß sich der Staat durch teure Kontokorrentvorschüsse bei den Banken oder durch ebenso teure und außerdem — mit Rücksicht auf die Entwicklung der tschechoslowakischen Währung in der Zukunft — riskante Auslandskredite behelfen. Und der Staat wird die Anleihe um so billiger bekommen, je mehr Garantien er schafft, daß das auf diesem Wege erhaltene Geld nicht etwa — wie es der General Mittelhauser und Landesverteidigungsminister Ubrzal wollen — zur Schaffung einer großen tschechoslowakischen Luftflotte, sondern eben für diejenigen Investitionen verwendet wird, die im Investitionsbudget für 1923 angeführt werden und wozu der Staat bereits die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften hat. Die Durchführung der im Investitionsbudget vorgesehenen Bauten im Betrage von drei Milliarden würde nicht nur die Bauindustrie, sondern auch alle anderen Industrien, die mit dem Bauwesen zusammenhängen, beleben, tausende von Arbeitslosen würden Beschäftigung finden und der Staat könnte einen Teil der Zinsen für die Anleihe aus den Geldern nehmen, die er durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit an Arbeitslosenunterstützung erspart.

Die große Geldflüssigkeit auf dem heimischen Kapitalmarkt, ermöglicht es also dem Staate, einen bedeutsamen Schritt zur Eindämmung der Wirtschaftskrise und Eindämmung der Arbeitslosigkeit zu tun und es ist die Pflicht der herrschenden Staatsmänner, diesen Weg zielbewußt und mit Energie zu beschreiten.

Inland.

Eine Enquete über die Gemeindefinanzen. Vorgehens hat in Prag eine von den tschechischen Städten einberufene Enquete stattgefunden, die sich vorwiegend mit der Lage der Gemeindefinanzen beschäftigte. 2. Josophine finanzielle Hilfe für kleinere und mittlere Städte verlangte die Enquete die Ueberlassung des ganzen Ertrages der sogenannten Realsteuern durch die Staatsverwaltung: 1. den ganzen Ertrag der Einkommensteuer, 2. den ganzen Ertrag der Bodensteuer, deren teilweise Zuteilung heuer entfiel, 3. die gesamte Haus-Klassensteuer, 4. die Zuteilung der Luxus- und Umsatzsteuer (bisher 5 oder 10 Prozent) soll auf 20 Prozent erhöht werden, denn ihr Betrag sinkt, 5. die Getränkesteuer (von Bier) soll behufs Vereinfachung der Einhebung durch die staatlichen Organe gleichzeitig mit der Einhebung der Staatssteuer eingehoben und monatlich den Gemeinden zugewiesen werden, 6. die Bewilligung von Steuern soll hinsichtlich ihrer Höhe vom Staate nicht begrenzt werden, denn in verschiedenen Gemeinden sind die Verhältnisse verschieden. Weiter wird auch die Forderung vorausgesetzt, daß ein Zuschlag zu der Personaleinkommensteuer zulässig sei.

Ausland.

Ein Appell an die Arbeiterparteien der Tschechoslowakei.

In der gestrigen „Arbeiterzeitung“ schreibt im Leitartikel, der „Horthy-Ungarn, die kleine Entente und die Arbeiterinternationale“ betitelt ist, Genosse Siegmund Kunfi u. a. Folgendes: Das kontrerevolutionäre Ungarn sucht heute ausländischen Kredit. Ungarns wirtschaftliche Zerrüttung sei nicht die Folge von unerträglichen Reparationen, auch nicht die Folge der Friedensverträge, sein Bankrott sei im Gegenteil eine Folge einer der Kraftquellen des Landes nicht angemessenen geheimen militärischen Rüstungspolitik, die eine tiefergehende Zerrüttung des ganzen politischen und wirtschaftlichen Organismus hervorruft als eine offen betriebene Militärpolitik.

Die Regierung Bethlen, sagt Kunfi weiter, gehe behutsam vor, suche all dies vor den Augen des mißtrauischen Auslandes zu verhüllen, arbeite aber mit großem Erfolge. Ungarn habe es noch immer nicht zur Kenntnis genommen, daß der Traum von einem 30 Millionen zählenden Ungarn angeträumt ist. Ungarns Ansehung erschien in Ungarn allen Nationen nicht als unwendiger Prozeß der nationalen Revolution. Die letzten der vier Jahre haben die Führer der ungarischen Revolutionen eines Besseren belehrt und sie wissen heute, daß die Zurückgewinnung von Siebenbürgen und der Slowakei geschichtlich unmöglich ist. Die ungarische Kontrerevolution müsse sich aber zu dieser Erkenntnis nicht durchringen. Sie ist ihrem Wesen nach irredentistisch und nationalistisch gesinnt. Horthy-Ungarn sei in nationalem wie sozialem Sinne die Vorkampfbatterie der Kontrerevolution, diese letztere aus wahrhaft nationalen und sozialen Gründen zu bekämpfen, sei Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse.

Gen. Kunfi sagt dann wörtlich:

Jetzt ist der Augenblick wieder einmal gekommen, in dem die Arbeiterparteien der Länder, die in dieser Angelegenheit ein Wort mitzusprechen haben, dem Galgenregime Horthys einen

schweren Schlag versetzen können. Es sind vor allem die Arbeiterparteien der Tschechoslowakischen Republik und Großbritanniens. Indem ich die Gastfreundschaft der Arbeiterzeitung in Anspruch nehme, richte ich an sie in diesem Augenblick im Namen der ganzen ungarischen Demokratie, der unterdrückten Arbeiterklasse im Lande selbst und im Namen der republikanischen Emigration die Bitte, sie möge diese Gelegenheit wahrnehmen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verhindern, daß dem Horthy-System, dem Regime des Ackerers, des Galgens, der Internierungslager, der Unterdrückung aller demokratischen Freiheiten, dem System des Klassenkampfes und der Klassenverfolgung ein Rettungsgürtel hingeworfen werde. Vielleicht wäre es nicht unmöglich, daß sich das an sich so mächtige und durch nationale Zwaltungen und den Richtungsstreit geschwächte Proletariat der Tschechoslowakischen Republik in dieser Schicksalsfrage der mittel-europäischen Demokratie zusammenschließt.

Dies haben wir zu bemerken, daß die deutsche Sozialdemokratie bereit ist, ihre Pflicht im Kampfe gegen das Horthy-Regime in Ungarn voll und ganz zu erfüllen.

Polen und die baltischen Staaten.

SPD. Warschau, Juli 1923.

Die Hauptrichtungen in der polnischen Außenpolitik scheiden sich sehr scharf in eine russlandfreundliche und russlandfeindliche. Die Gegenseite beider Richtungen sind notwendigerweise ihren Ausdruck in der verschiedenen Stellung zu den russischen Randstaaten, insbesondere den baltischen Staaten. Es miß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß Rußland in einer näheren oder ferneren Zukunft versuchen wird, die Gebiete, die ihm entrissen worden sind, wieder an sich zu drängen. Also wäre es an und für sich verständlich, daß die hierdurch bedrohten Staaten sich durch einen engeren Zusammenschluß dagegen zu sichern suchen. Aber die Bedrohung der einzelnen russischen Randstaaten und ihre Stellungnahme zu dem Problem der Sicherung gegenüber Rußland ist verschieden, und schon aus diesem Grunde ein einheitlicher Staatenbund der russischen Randstaaten nicht ohne weiteres herstellbar.

Ein solcher Staatenbund mit dem verschiedensten Ziel der polnischen Führerschaft in diesem Bund liegt in dem Bestreben der sogenannten Belvederepolitik, die Pilsudski durchzuführen bemüht war, solange er an der Spitze des polnischen Staates stand. Das aber bedingte eine enge Annäherung an die baltischen Staaten. Es ist daher kein Zufall, daß zur Zeit der leitenden Stellung Pilsudski gerade in die baltischen Staaten diplomatische Vertreter Polens entsandt wurden, die dem Belvedere angehörten. Regelmäßige, bald wirtschaftliche, bald politische Konferenzen von Delegierten der baltischen Staaten sollten den Zusammenschluß dieser Staaten herbeiführen, und im Frühjahr vorigen Jahres schien das Ziel fast erreicht, als in Warschau ein ziemlich weitgehendes Abkommen durch die Vertreter Polens, Lettlands, Estlands und Finnlands unterzeichnet wurde. Es muß an dieser Stelle bemerkt werden, daß Litauen wegen des Konfliktes um Wilna dieser ganzen Entwicklung fernsteht.

Jetzt aber machten sich die verschiedenartigen Interessen der Randstaaten geltend. Finnland ratifizierte das Abkommen nicht, wohl aus dem Grunde, weil es sich mit Recht von Rußland weniger bedroht fühlt als die anderen Unterzeichner des Abkommens und daher von dessen Abschluß eine unnötige Herausforderung Rußlands befürchtete. Nun ist bekanntlich inzwischen in Polen die russophile nationaldemokratische Richtung aus Ruder gekommen, deren Hauptziel ist, nach der Pfeife Poincares zu tanzen und Polen aktiv in die deutschenglische Front einzufügen. An einem notwendig gegen Rußland gerichteten Baltentbund hat diese Partei kein Interesse. Dies kam darin zum Ausdruck, daß bei der Mitte Juli ds. Jz. abgehaltenen Konferenz der Außenminister der baltischen Staaten in Riga der polnische Außenminister Seyda sich im Gegensatz zu den bisherigen Gespögenheiten durch den Staatssekretär Strahburger vertreten ließ, was in Warschau und in Riga lebhaft kommentiert wurde, und ohne Zweifel eine Abkühlung der Beziehungen Polens zu den baltischen Staaten bedeutet. Offizielle Bemäntelungen dieser Tatsache von Warschau aus sind natürlich ohne Bedeutung.

Die regierende Nationaldemokratie könnte dies wohl als Erfolg buchen, wenn es ihr auf der anderen Seite gelungen wäre, dem französischen Geheiß entsprechend die deutschenglische Koalition enger zu schließen. Hierbei hat sie sich aber bekanntlich bisher eine peinliche Abfuhr durch die Tschechoslowakei geholt. Mit Recht ist daher die oppositionelle, insbesondere die sozialdemokratische Presse in Polen an der jüngsten außenpolitischen Entwicklung Kritik in dem Sinne, daß sie die Rigaer Baltentkonferenz eine böse Schlappe der nationaldemokratischen Außenpolitik nennt.

Wahlen in Oesterreich: 21. Oktober. Wie die „Wiener Zeitung“ mitteilt, sind die Wahlen für den österreichischen Nationalrat ausgeschrieben worden. Als Wahltag ist der 21. Oktober 1923 festgesetzt worden.

Besserung im Befinden Harding's. Aus San Francisco wird vom 31. Juli gemeldet: Harding verbrachte die Nacht gut. Der Zustand des Herrgens hat sich entschieden gebessert. Harding nimmt regelmäßig Nahrung zu sich.

Tages-Neuigkeiten.

Die deutschen Frauen von Böhmischem-Raumig revoltieren. In einem Aufruf an die „deutschen“ Frauen kündigen die streitbaren Brunhilden von Böhmischem-Raumig an, daß sie bei den kommenden Gemeindevahlen eine eigene Frauenliste aufstellen werden. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß dieser Aufruf nicht so sehr der Initiative der deutschen Frauen entsprungen ist, als vielmehr eine Augenaußwärtung der Nationalpartei bedeutet. Nichtsdestoweniger, wenn es vielleicht auch nicht in der Absicht des „Frauenausschusses der deutschen Nationalpartei“ gelegen war, enthält doch dieser Aufruf eine kräftige Maulschelle für die Logdemännerei. Wie anders ist es aufzufassen, wenn es in diesem Aufruf heißt: „Wir Frauen fühlen schon seit langem, daß unsere Männer die politische Betätigung der Frau nicht angenehm ist und daß sie gewissermaßen überlegen auf unsere ersten Gehversuche in der Politik herabbliden. Wir versprechen es daher heuer, uns den Männern aufzudrängen und entschlossen uns, mit einer selbständigen Liste in den Wahlkampf einzutreten.“ Der Hieb sitzt gut und enthält eine bittere Wahrheit. Gleichzeitig aber muß betont werden, daß die Frauen, die diesen Aufruf erlassen, eine andere Behandlung nicht verdienen. Würden sie sich erinnern, wie die Deutschnationalen im alten Oesterreich dem Frauenwahlrecht gegenüber standen, so würde sich wohl kaum eine unter ihnen finden, die sich zum Schlepptier dieser Reaktionen erniedrigt. Der Sinn des Wahlrechtes im ehemaligen Oesterreich, das ja vorwiegend ein Produkt des deutschen Bürgerturns war, läßt sich in bezug auf das Wahlrecht der Frau folgendermaßen zusammenfassen: „Dem Wahlrecht ausgeschlossen sind: Aktives Militär, Frauen, Verbrecher und Idioten. Nach Auffassung des deutschen Bürgerturns stand also die Frau nur um eine Stufe höher als Verbrecher und war in der politischen Wertung diesen gleichgestellt. Wie der von uns angeführte Aufruf bezeugt, gibt es tatsächlich Frauen, die eine bessere Bewertung nicht zu verdienen scheinen. Wäre es nicht so, so wäre es unbegreiflich, wie sich Frauen zum Werkzeug einer Partei hergeben können, die früher solche Grundsätze vertrat.

Die Schwarzen auf dem Kriegspfade. Am 22. Juli veranstalteten die Akerisalen in Olmütz und Sternberg große Demonstrationen gegen die Schule. Hier die Tschechen, dort die Deutschen ergingen sich in ärgsten Beschimpfungen gegen die Schule und gegen die religionslose Moral. Besonders in Olmütz konnten sich die pfaffischen Redner darin nicht genug tun, den Kampf wider alles, was sich nicht dem Pfaffen-tum unterwirft, zu predigen. Die Verbreitung der Syphilis, das Prostitutionswesen, alles schoben sie der „modernen“ Schule in die Schuhe. Von der Ignoranz, den erzbischöflichen Demunziationen und anderen oberhirtlichen Zumpe-reien schwiegen sie, was allerdings nur zu begreiflich ist. Die beste Parade ist der „Hieb“, dieses Lösungswort gab der Vater Prachovský seinen Zuhörern als besten Rat und forderte sie auf, „immer wieder zu kämpfen.“ Und so wie in Olmütz, erlangt dies Lied in Sternberg.

Saubere Verbrüderung. Blättermeldungen zufolge wird auf dem in der Zeit vom 12. bis 15. August in Salzburg stattfindenden Parteitag der Nationalsozialisten Oesterreichs auch der Führer der Nationalsozialisten Deutschlands Hitler über taktische Fragen sprechen. Die nationalsozialistische Partei in der Tschechoslowakei entsendet zum Salzburger Parteitag nicht nur ihre Abgeordneten und Senatoren, sondern auch die Bürgermeister der von der Nationalsozialisten vertretenen Städte. (Da gehen wohl kaum drei auf ein Viertel.) In Vertretung sollen ein großes Verbrüderungsfest der Nationalsozialisten Oesterreichs, Deutschlands und der Tschechoslowakei stattfinden. (Wie wir erfahren, haben sämtliche hakenkreuzlerischen Arbeitermörder ihr Erscheinen zu diesem Verbrüderungsfest zugesagt.)

Am Grabe von Jaurès. Die französische Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften haben zum Jahrestag der Ermordung Jaurès Sonntag ein Gedenkfest veranstaltet, bei der für die deutschen Sozialdemokraten Genossin Toni Sender aus Berlin sprach. Trotz des Druckes von außen, erklärte sie, gäbe es in Deutschland eine starke Partei, die gegen die Reaktion zu kämpfen entschlossen sei. Sie verlangte von den französischen Sozialdemokraten Unterstützung ihrer deutschen Genossen. Der französische Abgeordnete Paul Boncour, der sich speziell an die deutsche Reichstagsabgeordnete wandte, erklärte, das wahre Frankreich wolle den Frieden.

Monarchistische Leichenschänder. Aus Berlin wird gemeldet: In Freiburg in Baden haben unbekannte Täter das Grab des Freiheitskämpfers Max Dorn, der im Jahre 1849 wegen Beteiligung am Badener Aufstand vom preussischen Standgericht zum Tode verurteilt und, obwohl seine Eltern ein Bagnadigungsgefuch eingereicht hatten auf Befehl des späteren Kaisers Wilhelm I. hingerichtet worden war, geschändet, die Blumen herausgerissen, den Grabhügel zertreten und den Grabstein besudelt. Der damalige Kronprinz Wilhelm hatte auf das Bagnadigungsgefuch der Eltern geantwortet, daß Dortu selbst darum bitten müsse. Das hatte Dortu zurückgewiesen. Er war dann mit den Worten gestorben: „Es lebe die Freiheit! Schiebt gut, ihr Brüder!“

Die Schachergeschäfte der Frau Jita. Die italienische Regierung teilte der Kaiserin Jita für ihre Person sowie als der gesetzlichen Vertreterin

der minderjährigen Kinder Karl Habsburgs mit, daß der italienische Staat fest entschlossen sei, alle ihm auf Grund internationaler Abmachungen zukommenden Rechte auf die Handschriften der Bibliothek in Modena (Breviarium Romanum, codex latinus et officium beatae Mariae virginis, codex latinus 262) sowie auf sämtliche im 18. Jahrhundert nach Wien gebrachten Gegenstände der toscanischen Krone, darunter den bekannten „Florentiner“ Diamanten unverfehrt und unverkürzt zu wahren. Gleichzeitig teilte die italienische Regierung der Kaiserin mit, daß es ihr nicht gestattet sei, über die genannten Gegenstände in welcher Weise immer zu verfügen, und machte darauf aufmerksam, daß jeder Versuch auf dieser Gegenstände als null und nichtig und jeder Rechtskraft entbehrend betrachtet würde.

Ein strecher Gemäldediebstahl in München. Beim Einbruch in die Privatsammlung Lenbach wurden Gemälde alter Meister im Werte von sieben bis acht Millionen Mark gestohlen. Entwendet wurden u. a. das Bild von Lukas Cranach „Drei Grazien am Baumstamm“, das Originalgemälde von Franz Hals „Die lachenden Jungen“, ein Bild von Hans Holbein d. Jüng., ein männliches Bildnis mit Barett, gezeichnet Erasmus, Rotterdam, zwei Bilder von Tenniers, eine Originalskizze von Rubens, ein Marbild „Kreuzabnahme Christi“.

Gewährung von Bahnfreitagen für Arbeitslose. Nach den soeben erteilten Anweisungen an die Bezirksarbeitsvermittlungsanstalten werden Freifahrtsscheine nur an Arbeitslose, welche von der zuständigen Arbeitsvermittlungsanstalt an einen bestimmten Arbeitsort vermittelt werden und nur unter der Bedingung ausgestellt werden, daß der Arbeitgeber nicht in der Lage ist, wenigstens die halbe Fahrt für den aufzunehmenden Arbeitslosen zu zahlen. Die fünfprozentigen Fahrpreisermäßigungen werden nur auf Entfernungen über 50 Kilometer ausgestellt.

Die Eisenbahnkatastrophe bei Kassel. Wie die Reichsbahndirektion in Kassel mitteilt, beträgt die Zahl der bei dem Eisenbahnunfall namentlich festgestellten Verletzten nunmehr 45.

Hongerei in Südbhina. Wie die „Times“ aus Hongkong melden, haben zwei chinesische Kanonenboote den Hafen Amoy in Südbhina bombardiert. Der englische und der japanische Konsul haben um Schutz ersucht. (Amoy ist der auf einer kleinen Insel gelagerte Vorhafen von Tschang-Tschou, enAnn. der Red.)

Grubenunglück bei Bochum. Auf der Zeche „Eulenbaum“ bei Bochum stürzte, wie die Blätter melden, ein Förderkorb bei der Ausfahrt in die Tiefe zurück, da das Förderseil in Unordnung geraten war. Der Korb wurde festgeklemmt und die darin befindlichen fünf Bergleute konnten erst nach fünf Stunden geborgen werden. Bis auf einen haben sie so schwere Verletzungen erlitten, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird.

Im Flug um die Welt. Aus London wird gemeldet: Die Kapitane Macmillan und Malins, die sich zu einem Fluge um die Welt vorbereiten, werden Freitag vom Flugplatz in Croxdon über Holland, Deutschland und Dänemark nach Goeteborg starten, wo sie auf dem Flugplatz der dortigen Ausstellung landen werden. Der Zweck des ungefähr 1700 Kilometer langen Fluges ist, eine gründliche Prüfung des Motors, der beim Weltflug verwendet werden wird, sowie des Flugzeuges, insbesondere in den Höhenlagen. Zu dem Zwecke werden die Flieger besondere Sauerstoffapparate mit sich führen und sie hoffen, bis zu einer Höhe von 40.000 Fuß aufzusteigen, womit sie den bisherigen Rekord von 30.000 Fuß übertreffen würden.

Die Wettflüge in Göteborg. Die diesen Samstag beginnen, werden die bedeutendsten ihrer Art sein. Es werden an ihnen sieben Staaten teilnehmen u. zw.: Schweden, England, Holland, Deutschland, Norwegen, Lettland und Frankreich. Die Tschechoslowakei entsendet eine Fliegereskader und die Italiener werden Proben ihrer Fliegerkunst liefern.

Eine Brandkatastrophe in Görlau. Von einem großen Brandunglück wurde in der Nacht auf Dienstag die Stadt Görlau heimgesucht. Gegen 2 Uhr früh brach in dem Hause Nr. 190 in der Töpfergasse aus bisher unbekanntem Gründen ein Feuer aus, das an dem Schindeldache des Hauses reiche Nahrung fand und sich rasch ausbreitete. Der herrschende starke Wind übertrug das Feuer in kurzer Zeit auch auf die Nachbarhäuser, deren gleichfalls mit Schindeln gedeckter Dächer den Flammen einen guten Angriffspunkt boten. Im Verlaufe einer halben Stunde waren bereits zehn Häuser in Brand geraten. Der Feuerwehrlieb nicht anders übrig, als die vom Brande noch unberührten Objekte zu schützen und ein Weitergreifen der Flammen zu verhindern. Trotz aufopferndster Arbeit der Feuerwehrleute und anderer freiwilliger Helfer wurde fast das ganze Hab und Gut der meisten Abbrändler ein Raub der Flammen. An der Löschung des Brandes waren fünfzehn Feuerwehrleute aus der Umgebung beteiligt. Mehrere Feuerwehrmänner und Zivilisten wurden bei den Bergungsarbeiten verletzt. Der Feuerwehrmann Krissl aus Pirken erlitt schwere Brandwunden und mußte in das komotauer Krankenhaus überführt werden. Durch die Brandkatastrophe wurden dreißig Parteien, mit gegen 150 Personen obdachlos. Der Schaden wird auf über eine Million Kronen geschätzt und dürfte nur zu einem geringen Teile durch Versicherung gedeckt sein. Erst gegen 7 Uhr früh war der Brand lokalisiert. Die Bergungs-

und Löscharbeiten nahmen noch den ganzen Vormittag in Anspruch.

Schwerliches Unglück in Siebenbürgen. Aus Kronstadt wird gemeldet, daß sich in Madefalsa, einer Gemeinde des Komitates Drei-Stühle, ein entsetzlicher Unglücksfall zutrug. Der Einwohner dieser Gemeinde Henri-Orgeni befand sich mit seinen drei Kindern auf dem Wege gegen Madefalsa. Als es Nacht wurde, legten sich alle vier bei einem Heuschaber längs des Weges schlafen. Die drei Kinder verkrochen sich ins Heu. Aus unbekannter Ursache entzündete sich, während die Kinder schliefen, das Heu und alle drei Kleinen verbrannten bei lebendigem Leibe. Der Vater erlitt einen Verbrühungsanfall und lief davon. Er konnte noch nicht aufgefunden werden.

Ein Schwindler als Arzt. Seit zwei Jahren treibt sich der 74jährige Ernst Effler in den Städten Teplitz, Auffs, Leitmeritz und Komotau herum. Er besucht Frauen, von welchen er erfahren hatte, daß sie krank seien und stellt sich ihnen als Arzt vor. Dann gibt er an, daß er in Brüx ein Sanatorium besitze, wo viele kranke Frauen Heilung fänden. Schließlich veranlaßt er die Patientinnen, sich von ihm unteruchen zu lassen. Mit Vorliebe konstatiert er Unterleibsleiden, verordnet Wurzeltee, Salben, die er bei sich führt und sofort verkauft. Seine ärztlichen Ratschläge und Untersuchungen läßt er sich mit 50 bis 100 Kronen bezahlen. Nunmehr hat ihn die Brüxer Gendarmerie verhaftet.

U, welche Lust, Soldat zu sein! Montag erschoss sich in Jnaum der Infanterist des 24. M. Franz Soja mit seinem Dienstgewehr. Er beging die Tat aus Angst vor einer Bestrafung wegen eines jüngst begangenen Vergehens.

Brand in einer Kaschaner Druckerei. In der Druckerei der Aktiengesellschaft „Globus“ entstand gestern in der Mittagsstunde ein Brand, der infolge der in den letzten Tagen herrschenden Hitze und Wassermangels rasch auf die Schere übergriff, in welcher die Setzstäbe und mehrere Maschinen vernichtet wurden. Der verursachte Schaden beträgt über eine Million Kronen. Nur den angestrengtesten Bemühungen gelang es, das Feuer einzudämmen und die Rotationsmaschinen zu retten, die fast unbeschädigt blieben. Das Blatt „Kassai Naplo“, eines der größten ungarischen Blätter, das dort gedruckt wird, wird vorläufig in verringertem Umfange erscheinen.

Ein Geschäft, das floriert. Bei der Prager Pfandleihanstalt wurden im Monate Juni 1923 verpfändet bzw. verpfändet: In der Abteilung für Schmuckgegenstände 10.436 und in der für Bekleidung 9615 Posten. Der Gesamtdarlehensbetrag belief sich auf 1.356.922 K. Eingelöst wurden in der Abteilung für Schmuckgegenstände 10.670, in der für Bekleidung 4691 Posten. Der Gesamteinzahlungsbetrag ergab 1.315.903 Kronen. Das gesamte ausstehende Kapital betrug zu Ende des Monats in der Abteilung für Schmuckgegenstände 4.553.070 K (um 62.565 K mehr als im Vorjahre), in der Abteilung für Bekleidung Kronen 1.593.800.—

Wetterbericht vom 1. August. Mit Ausnahme von Nordböhmen, Mähren und Schlesien, wo Dienstag trübes Wetter mit Regenschauern vorherrscht hat, war im ganzen Staatsgebiet heißes, zum Teil trockenes Sommerwetter. Die Temperaturmaxima erreichten im Norden höchstens 23 Grad, sonst 28 bis 32 Grad Celsius. In der Nacht verschlechterte sich das Wetter auch in Mähren und in der nördlichen Slowakei, wo nach Mitternacht starke Gewitter niedergingen. In Böhmen regnete es erst gegen Früh ohne Gewittererscheinungen. Größere Regenmengen meldeten: Dravský Podzámok 34, Uh. Stalice 27 Millimeter mit Gewitter, Labor 13, Budweis 12 Millimeter. Die südlichen Grenzgebiete der Slowakei, mit Ausnahme von Preßburg blieben trocken. Ein ausgebreitetes Tiefdruckgebiet (Mittelland 740 Millimeter) brachte erhebliche Regenfälle in der ganzen Nordhälfte des Kontinents. Nach der Druckumlagerung in Westeuropa läßt baldige Besserung des Wetters erwarten. — Wahrscheinliches Wetter am 2. August: Westen: Veränderliches, im allgemeinen besseres Wetter, mild. Osten: Abnahme der Bewölkung und der Niederschläge, etwas kühler.

Prager Chronik.

Die Witterungsverhältnisse im Monat Juli waren in Prag durchaus günstig. Die Durchschnittstemperatur war (Karlov) 20,6 Grad Celsius, (Mementoium) 20,4 Grad Celsius, das ist 1,1 Grad übernormal. Die höchste Temperatur (Karlov) war am 15. Juli 34,7 Grad Celsius, die tiefste 9,0 Grad Celsius am 28. In 17 Tagen erreichte die Temperatur 25 Grad Celsius und mehr, an vier Tagen überstieg sie 30 Grad Celsius. Ueberrnormale Temperatur hatten 17 Tage. Die Sonnenscheindauer betrug 285 Stunden. Die Niederschlagsmenge (Mementoium) 52 Millimeter, das sind 80 Prozent des Normalwertes. An sechs Tagen wurde Gewitter beobachtet. Im vorigen Jahre war der Juli um 1,2 Grad Celsius unternormal. Maximum 36,0 Grad Celsius, Minimum 9,6 Grad Celsius. Tage mit Temperatur 25 Grad und mehr gab es 13, mit Temperatur 30 Grad und mehr zw. Ueberrnormale Temperatur hatten zehn Tage. Sonnenscheindauer 230 Stunden, Niederschlag 117 Prozent der Normalmenge, sechs Gewittertage. Der heiße Juli 1921 war bloß um 0,2 Grad wärmer als der heutige. Die Höchsttemperatur war damals 37,7 Grad Celsius.

Neben anderen Erinnerungen an die alte Zeit als Prag noch eine bescheidene Vandalenstadt war, hat sich in dieser Stadt auch die sogenannte Brückensemaut noch erhalten. Vier Heller muß man zahlen, wenn man vom rechten Ufer der Moldau über eine der Prager Brücken auf das linke gelangen will. Bei einigen Brücken wurde diese Semaut im

Reparat-Antwort Englands?

London, 1. August. (Reuter). Der Minister trat verhandelte in der heutigen Sitzung, die zweieinhalb Stunden dauerte, über das britische Vorgehen in der Reparationsfrage. Reuter erzählt, daß jetzt allgemein zugegeben wird, daß in diesem Augenblicke keine Hoffnung auf Absendung einer gemeinsamen Antwort der Alliierten an Deutschland besteht. Falls sich die britische Regierung für eine gesonderte Antwort an Deutschland entscheidet, wird sie alles versuchen, damit sich Frankreich, wenn es dies wünschen sollte, der britischen Politik anschließen könne.

London, 1. August (N.A.). Die für morgen im Unterhause vom Ministerpräsidenten Baldwin und im Oberhause von Lord Curzon angekündigten Erklärungen bezüglich des britischen Standpunktes zu den französischen und belgischen Bemerkungen betreffs der vorgeschlagenen britischen Antwort an Deutschland werden mit lebhaftem Interesse erwartet, es sei denn, daß die Verhandlungen, die zwischen den Alliierten stattfinden, auch weiterhin in Geheimnis gehüllt wer-

den. Der Premierminister erklärt heute vormittags im Unterhause auf eine Anfrage Ramsay MacDonalds, daß es ohne Zustimmung der Verbündeten nicht möglich ist, vor der morgigen Debatte einige Stellen aus den Schriffsäcken zu veröffentlichen.

London, 1. August. (Havas.) Nach aus besonders gut informierter Quelle eingelangten Informationen hat die eingehende Prüfung der französischen Note gezeigt, daß die französische Politik in der Ruhrfrage keinen wertvolleren Fortschritt aufweist. Es besteht daher nur schwache Hoffnung, daß es möglich sei, die Verhandlungen auf der Basis fortzusetzen, welche beide Regierungen, die englische und die französische befriedigen würde. Einige Kreise sind der Ansicht, daß das britische Kabinett nicht anders handeln können, als eine separate Note an Deutschland zu senden, wenn es der englischen und französischen Regierung nicht gelingt, die grundsätzlichen Differenzen in den Ansichten über die allgemeinen Fragen betreffs des Ruhrgebietes zu beseitigen.

Sakentkrenzlerischer Arbeitermord.

Berlin, 1. August. (Eigenbericht.) Am vorigen Sonntag ist in Rosenheim in Bayern der Arbeiter Ott von Sakentkrenzler so schwer verletzt worden, daß er starb; er war, wie man erst jetzt erfährt, nicht Kommunist, sondern Sozialdemokrat und sun-

gerierte bei den Wahlen der Delegierten der Metallarbeiter als Wahlleiter. Beim Sturm der Sakentkrenzler auf das Gewerkschaftshaus sah er an der Tür und wurde mit einem Schlagring zu Boden geworfen und zweimal in den Rücken gestochen.

Ein wertbekändiges Anleihepapier.

Berlin, 1. August. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, ein wertbeständiges Anleihepapier in Form einer aus dem Gegenwert von Dollar in Mark lautenden Anleihe mit zwölfjähriger Laufzeit zu emittieren. Diese Anleihe wird verschiedene Steuerbegünstigungen genießen.

Erste Streibewegung der reichsdeutschen Buchdrucker.

Berlin, 1. August. (Eigenbericht.) In Chemnitz sind die Buchdrucker gestern wegen Lohnstreitigkeiten in den Streik getreten; die Chemnitzer Morgenzeitungen konnten deshalb nicht erscheinen. — In der Lohnbewegung der Berliner Buchdrucker fanden heute neuerdings Verhandlungen statt, die ergebnislos verliefen. Für morgen ist eine allgemeine Funktionärskonferenz des graphischen Gewerbes einberufen. Sollte sie kein befriedigendes Ergebnis bringen, dann werden entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Es ist mit der Möglichkeit eines allgemeinen Streikes zu rechnen.

Ausstände und Unruhen.

Berlin, 1. August. Wie die Blätter aus Essen melden, ist im Oberhausener Bezirk eine neue Streikbewegung ausgebrochen. Am Sonntag traten die Belegschaften der „Gute Hoffnung-Gütte“ in den Ausstand und demonstrieren vor dem Hauptverwaltungsgebäude. Gestern vormittags zogen die Belegschaften von zwei Schachtanlagen der Zeche „Concordia“ der Rombacher Hütte vor das Oberhausener Rathaus, wo eine Abordnung die Wünsche der Belegschaft auf Maßnahmen gegen die Teuerung vortrug. Die Oberhausener Belegschaftsmitglieder fordern eine einmalige Beihilfe von 5 Millionen Mark. Die Kommunisten treiben eine lebhaft Propaganda für eine gemeinsame Aktion der Bergarbeiter.

500.000 Faschisten unter Waffen.

Mailand, 31. Juli. Der große Rat der Faschisten erließ eine für alle Faschisten bestimmte Erklärung, in der die Wichtigkeit der letzten Sitzungen des Rates konstatiert wird. Die Referate der Vertrauensleute aus der Provinz zeigten die große moralische und zahlenmäßige Stärke des italienischen Faschismus. Die Vorfälle innerer Unstimmigkeiten sind lokaler Natur, sodas zu ihrer Beseitigung der Vollzugsausschuß genügt. Die Truppen der von 300.000 auf 500.000 Mann angewachsenen Schwarzhemden sind bestimmt, den Bestand der faschistischen Regierung zu garantieren. Die Zustimmung der großen Mehrheit der Nation ist aufrichtig. Die Partei bedarf aber völliger innerer Disziplin. Man darf an die große Verantwortlichkeit der Partei nach Erlangung der Macht nicht vergessen. Die jetzige Lähmung der Opposition darf die Kampfkraft der Faschisten nicht verringern. Don Sturzo und seine Partei müssen als Feinde der Regierung betrachtet werden. Desgleichen werden die sozialistischen Unitarier und einige demokratische und liberale Fraktionen die Opposition nicht aufgeben und man müsse daher auf der Hut sein. Der Faschismus versichert, daß er seinem Programme treu blieb. Das Volk arbeitet und erlangt Kräfte

Blättermeldungen aus Ham burg zufolge haben die Arbeiter des Hamburger Hafens gestern vormittags wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Es wurden nur noch die Schiffe abgefertigt, die bis 11 Uhr zum Laden oder Löschen bereit waren. Die Streikenden fordern in erster Linie die Auszahlung einer einmaligen Wirtschaftsheilife von 1 Million Mark.

Die faschistischen Justizbehörden haben nach Blättermeldungen für die in den beiden Leipziger Gefangenenanstalten 1 und 2 untergebrachten politischen Untersuchungsgefangenen verschärfte Ueberwachungsmaßnahmen angeordnet. Alle diese Inhaftierten müssen Anstaltskleidung tragen und dürfen nur mit verbundenen Augen durch die Gänge geführt werden, um ihnen die Orientierungsmöglichkeit zu nehmen.

Laufe der Zeit aufgehoben, da sie nicht einmal so viel eintrug, als die Bezahlung des für die Einhebung dieser Steuer notwendigen Personals ausmachte. Bei einigen und gerade den wichtigsten Verkehrsbrücken in Prag besteht die Maut aber heute noch. Sie trägt nicht viel ein, viele Leute zahlen bei dem Gedränge, das bei der Einhebung dieser Steuer entstehen muß, überhaupt nichts — aber die Stadtgemeinde kann sich nicht dazu entschließen, die Maut gänzlich aufzuheben. Denn einerseits müßte sie dadurch ein Verkehrsbehinderung beseitigen — wofür man ja in Prag wenig Verständnis hat — und andererseits müßte sie dann nicht dazu, einen großen Teil des in Prag fließenden Kleingeldes aus dem Verkehr zu ziehen. Zwei wichtige Gründe also, durch die man den Bürgern immer wieder in Erinnerung bringen kann, daß eine fürsorgliche Stadtverwaltung für Fort-

den Prager äußeren Stadtteilen sehr im argen. Eine „Reinigungsmaschine“ vertritt sich nur sehr selten dorthin. Und kommt sie einmal, so flieht sie dann bald unter Zurücklassung von mächtigen Staubwolken — jedenfalls entseht über die Reinlichkeit — wieder davon. „Sind die inneren Stadtteile von Prag selbst nicht besonders rein, warum sollen es da die äußeren besser haben“, denkt sich sicher so mancher Stadtbewohner, brummt ein bißchen — und alles bleibt beim alten.

Aus dem Polizeibericht: Gestern nachts brach aus unbekannter Ursache in dem Unterhaltungsetablisement „Eben“ im Restaurant „Na rožni“ ein Feuer aus, welches während kurzer Zeit das Restaurationsgebäude vernichtete. Auf der Brandstätte erschienen Feuerwehren aus Prag-Mitte und Neustadt, Rgl. Weinberge und Ruffe, denen es gelang, den Brand zu lokalisieren. Einen Unfall erlitt niemand. Der Schaden ist bisher nicht bekannt. Die Ursache des Feuers wird erhoben. — Dienstag nach 9 Uhr abends lochte das 15jährige Dienstmädchen B atrz Pamětická in der Wohnung ihrer Dienstherrin in Prag-Neustadt Nr. 1922 das Nachts auf einem Spirituskocher, wobei sie das Gefäß mit Spiritus in die nächste Nähe des Kochers stellte. Der Spiritus fing Feuer und ergoß sich auf die Kleider des Mädchens, die lichterloh zu brennen begannen. Hausleute kam ihm zu Hilfe und löschten die Flammen. Das Mädchen erlitt schwere Brandwunden und wurde auf die Klinik des Professors Krejčíšek gebracht, wo es heute früh verschied.

und das Ausland zweifelt nicht mehr an der Beständigkeit der faschistischen Regierung. Die Welt merkt, daß in Italien eine neue Zeit — die vierte Wiedergeburt der Nation — erstanden ist. Der Faschismus muß um jeden Preis das gesteckte Ziel erreichen.

Die Proklamation schließt mit der Erklärung und Aufforderung zum blinden Gehorsam gegen Mussolini.

Die Schlußtagung in Sinaja.

Sinaja, 30. Juli. (O.A.). (Verpätet). Die letzte Sitzung der Konferenz fand heute vormittags unter dem Vorsitz des rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu statt. Es kam zu einem endgültigen Einvernehmen bezüglich der ungarischen Anleihe. Diese Frage wurde in verständlichem Geiste geprüft, da sich die Kleine Entente nie dagegen gestellt hat, daß die finanzielle Rekonstruktion Ungarns erleichtert werde. An die Reparationskommission wird eine schriftliche Antwort geschickt werden, in welcher präzise die Bedingungen für die Aufhebung der Hypothekargarantien und eine strenge Kontrolle zu dem Zwecke festgesetzt werden, daß die Ungarn gewährten Geldmittel nicht zu Klüfflungen und zu einer irredentistischen Propaganda verwendet werden. Präzise Kontrollmaßnahmen wurden in Erwägung gezogen, doch wurden dieselben noch geheim gehalten. Der tschechoslowakische Minister des Auswärtigen Dr. Beneš erklärte, die Lage Ungarns sei mit jener Oesterreichs nicht zu vergleichen, welches alles zur Durchführung des Friedensvertrages getan hat.

Alle drei Minister sprachen ihre Befriedigung über die Konferenz aus, welche gestattet hat, praktische Fragen in herzlichem Geiste der Solidarität zu behandeln. Die allgemeine Politik der Kleinen Entente, namentlich im Hinblick auf Deutschland, wurde ebenfalls geprüft und fand volle Zustimmung, daß die Kleine Entente ihr Vorgehen jenem der großen Verbündeten anpasse. Diesbezüglich wurde kein besonderer Beschluß gefaßt.

Dr. Beneš erklärte gegenüber Pressevertretern, er sei dessen sicher, daß die zwischen Polen und der Tschechoslowakei bestehenden Differenzen gut und endgültig werden geregelt werden, da die gemeinsamen Interessen der beiden Staaten größer sind als die Gründe des gegenwärtigen Mißverständnisses. Die nächste periodische Konferenz der Kleinen Entente wird in Belgrad, wahrscheinlich nach der Wälderbundstagung, stattfinden. Am Nachmittag fanden Besprechungen zwischen dem rumänischen Minister Duca und Dr. Beneš und zwischen Duca und Rindis statt. Duca brachte dem Minister Rindis Beschwerden bezüglich der rumänischen Minderheit in Serbien vor. Die Ausführungen Ducas wurden in sehr freundschaftlichem Geiste geprüft. Desgleichen wurden in praktischer Weise wirtschaftliche Fragen aller drei Staaten behandelt.

Der jugoslawische Minister Rindis ist heute nach Belgrad und Dr. Beneš nach Prag abgereist.

Dr. Beneš über die Kleine Entente.

Sinaja, 31. Juli. (O. A.) Minister Dr. Beneš erklärte einem Vertreter des Blattes „Presa“: Die Großmächte begreifen immer mehr die Rolle der Kleinen Entente und ihre Anschauung bezüglich derselben bessert sich ständig. Der Westen begreift, daß die Kleine Entente ein Element der Ordnung sowie einen Faktor und eine Garantie des Friedens um jeden Preis in allen Schwierigkeiten darstellt, welche in diesem Augenblicke Europa zerrütten.

Die Kleine Entente wird allgemein als ein Element der Konsolidierung angesehen. Die feindselige Propaganda bemüht sich in hohem Maße, die Kleine Entente als Feindin Magyarsiens hinzustellen, doch vermag niemand etwas Konkretes zur Unterstützung dieser Behauptung anzuführen, welche sich demnach als tendenziös erweist. Die Kraft unseres Bündnisses liegt darin, daß das Einvernehmen klar begrenzt ist. Es kann demnach keine Disharmonie entstehen, was durch eine dreijährige Arbeit erwiesen wurde, die sich als aus den solidesten politischen Mechanismen bestehend bewährt hat. Die Konferenz von Sinaja hat in praktischer Weise die Solidarität der verbündeten Staaten und mit ihr auch den mitteleuropäischen Frieden bekräftigt.

Tschechoslowakei und Türkei.

Sinaja, 30. Juli. (Verpätet.) Außenminister Dr. Beneš hatte außer den Konferenzverhandlungen auch noch Beratungen mit dem rumänischen Außenminister Duca über rumänisch-tschechoslowakische Angelegenheiten und zwar hauptsächlich wirtschaftliche Fragen. Weiter verhandelte Dr. Beneš mit dem Vertreter der Türkei, dem Botschafter Gesandten Tzevad Bey, mit welchem vereinbart wurde, daß die Tschechoslowakische Republik mit Rücksicht darauf, daß der Frieden in Lausanne unterzeichnet worden ist, in kürzester Zeit mit der Türkei Verhandlungen zum Abschluß eines Handelsvertrages und wegen Anknüpfung regelmäßiger postlicher und diplomatischer Beziehungen, anknüpfen wird.

Vor dem Friedensschluß in Spanisch-Marokko.

Madrid, 1. August. (Havas.) Wie die Blätter aus Melilla berichten, ist dort der Führer der Aufständischen Abd el Kerim eingetroffen, um über den Friedensschluß zu verhandeln. Die Blätter schreiben aus Barcelona, daß die spanische Regierung alle weiteren Truppentransporte nach Marokko vorläufig eingestellt habe.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Kommunisten gegen ein gemeinschaftliches Unternehmen.

Sie unterstützen das private Bankkapital.

Die wechselnden Parolen, die von den Größeren der kommunistischen Partei fortlaufend ausgegeben werden, lassen auch die Kleinen nicht ruhen. Mit kommunistischem Gruß hat der Leiter des Bezirksvorstandes Auffig (der seinerzeit in V. Leipa abgetaktete kommunistische Parteisekretär Gamppe) vom Zentralverband der Bauarbeiter in Prag eine Parole herausgegeben. Parolenkampf hat es die vom deutschen Bauarbeiterverband im Jahre 1920 gegründete gemeinnützige Bauunternehmung G. m. b. H. angeht. Nachdem die Bauunternehmer diese Gründung mit allen Mitteln bekämpfen, dürfen die Kommunisten nicht untätig bleiben. Hilfe und Unterstützung der Unternehmer auf der ganzen Linie, Schwächung der Arbeiterschaft allüberall ist ja oberer Grundsatz dieser Revolutionäre. Nachdem der Führer der kommunistischen Partei konsequent an diesen Grundsatz festhält, verkündet er seinen Gläubigen:

1. In allen Konsumvereinen, wo Bauarbeiten zu vergeben sind und die betreffende Konsumvereinsleitung mit der Reichsberger Terroristengruppe darüber verhandelt, ist von Seiten unserer Genossen sofort der schärfste Protest dagegen einzubringen.

2. Sollen Konsumvereine in ihrer Geschäftigkeit gegen unsere Genossen dennoch so weit, der Reichsberger Terroristengruppe die Arbeit zu übertragen, dann ist von Seiten unserer Organisation sofort alles in die Wege zu leiten, damit unsere Mitglieder von dem Tage, wo die Arbeit vergeben wurde, jeden Einkauf bei dem betreffenden Konsumverein einstellen und nach den statistischen Bestimmungen ihre Mitgliedschaft kündigen. Einem Konsumverein, der unsere Gelder zu unehrlicher Bekämpfung der Reichsberger Terroristengruppe zur Verfügung stellt, können wir keine Stunde mehr als Mitglieder angehören, dies gebietet uns unsere proletarische Ehrenpflicht.

3. Alle Kompromisse, zu denen sich die Reichsberger Terroristengruppe bereit erklären sollte, um die Arbeit dennoch zu erhalten (wie dies vor kurzem in Friedland geschehen ist), sind von uns abzulehnen. Für uns kommt heute nur noch der Kampf in der Richtung in Frage, daß unsere Genossen alles daran setzen, jeden Bauauftrag, und wenn er noch so klein ist, an die „Gemeinnützige“ zu verhindern, denn der Terror, der bis jetzt gegen unsere Genossen von dieser Seite angewendet und viele Opfer gefordert hat, erfordert einen ebenso rücksichtslosen Abwehrkampf von unserer Seite.

4. In allen anderen Institutionen, Gemeindevertretungen usw., wo unsere Genossen vertreten sind, und die Terroristengruppe ihr Glück, um Arbeitsaufträge zu erhalten, versucht, haben unsere Genossen unter allen Umständen dahin zu wirken, daß dies verhindert wird.

5. In allen derartigen Fällen, wo die Frage der Arbeitsvergabe durch Konsumvereine usw. an die Terroristengruppe behandelt wird, wird es notwendig sein, daß die Genossen den Bezirksvorstand davon sofort auf schnellstem Wege verständigen, damit weitere Anweisungen erteilt werden können.

Wie groß der Schreck bei den Konsumvereinsleitungen sein wird, wenn Kommunisten dagegen schärfsten Protest einbringen werden, wenn ein Bau nicht einer privaten Ausbenterfirma übertragen wurde, bleibt noch abzuwarten. Bei Konsumvereinen, wo nur annähernd die genossenschaftlichen Grundsätze noch etwas gelten und die Voraussetzungen geschaffen werden können, wird der Parole des Auffiger keinen Gernegroß nicht Folge geleistet werden können. Ebenso bleibt abzuwarten, ob deshalb, weil die gemeinnützige Bauunternehmung einen genossenschaftlichen Bau ausführt, dort, wo es Kommunisten gibt, diese ihre Mitgliedschaft kündigen. Geschicht es, dann werden sicherlich die betreffenden Konsumvereine festhalten bleiben. Es wird durch Befolgung der Parole des Auffiger Gernegroß nur das eine erreicht werden, daß die von dem Treiben der Kommunisten angeekelten Mitglieder der Konsumvereine wieder, wie es früher war, für die genossenschaftliche Idee wirken werden. Nicht uninteressant wäre zu wissen, welche Stellung der Besinnungsgenosse Gamppe, Beckmann zu dieser Parole einnimmt. Der Auffiger Gernegroß vergißt auch, daß der Spieß umgedreht werden kann. Wie würden die Konsumvereine des Reichsberger Kreises aussehen, wenn alle nichtkommunistischen Mitglieder von der Genossenschaft nichts mehr wissen wollten. Jene Konsumvereine, die bei jeder Gelegenheit betonen, daß sie kommunistisch sind und den Anschluß an Moskau anstreben? Jene Konsumvereine, die für die russische Anleihe agitierten und den Arbeitern auf diesem krummen Wege Gelder für kommunistische Agitation abzurufen versuchten? Drollig wirkt, wenn Gamppe als Kommunist von einer Reichsberger Terroristengruppe spricht, gegen die er mit dem schärfsten Abwehrkampf einstehen will und dazu alle seine Besinnungsgenossen auffordert. Kommen wir jetzt ein wenig über Terror, jene Menschen, welche jeden Andersdenkenden das an die Wand stellen und Aufhängen fortsetzen in Aussicht stellen. Jene Menschen, welche die Arbeiter durch ein Meer von Blut und Tränen führen wollen? Dem kleinen Gernegroß in Auffig scheint zu dämmern, daß es außer ihm und den kommunistischen Bauarbeitern auch noch andere Menschen gibt, Menschen, die sich durch kommunistische Verhalen und Thronerben nicht erschrecken lassen, die unentwegt systematische Aufklärungsarbeit leisten und konsequenten Kampf gegen den

Kapitalismus führen. Wie sind eben nicht in Russland, wo die Arbeiter gezwungen sind, die bolschewistische Anleihe zu müssen. Die Auffiger Parole wurde schon in der Praxis versucht. Im Teplitzer Bezirk veranstalteten Kommunisten und deutsche und tschechische Bauunternehmer gemeinsam eine Protestversammlung gegen die gemeinnützige Bauunternehmung. In Reichenberg versuchte ein Kommunist in einer Versammlung einer Baugenossenschaft „Vergatterung“ gegen die Unternehmung zu plätschen. Auch die unentwegten Zwidauer sind schon auf den Plan getreten. Die Kommunisten, welche den nordböhmischen Bauunternehmern den 25prozentigen Lohnabzug präsentieren, wollen nun auch alles daran setzen, daß den Privatkapitalisten ja kein Heller Profit entgeht. Die Kommunisten sind dagegen, wenn die Unternehmer an der empfindlichsten Stelle angegriffen werden. Diese offene Unterstützung ist beizubehalten. Besser können diese Revolutionäre nicht dokumentieren, daß sie im Kampfe gegen Gewerkschaften und Sozialdemokratie auch das Bündnis mit dem Unternehmertum nicht scheuen.

Die Beratungen über die Vereinbarungen eines neuen Kollektivvertrages für den Bergbau im Mähr.-Ostrauer Revier wurden gestern im Ministerium für öffentliche Arbeiten unter Vorsitz des Ministerialrates Dr. Fischer fortgesetzt. Nachdem eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurden die Beratungen um 23 Uhr unterbrochen und auf morgen vertagt.

Vor der Herabsetzung der Kohlensteuer?

Wie die „Radni Politika“ berichtet, soll nun endlich an die Herabsetzung der Kohlenabgabe geschritten werden und zwar bestehen zwei Vorschläge. Nach dem einen soll die reduzierte Kohlensteuer allgemein 10 Prozent betragen, nach dem anderen ist eine Herabsetzung nach den einzelnen Gruben vorgesehen. Auch gegenwärtig ist die Kohlenabgabe nach den einzelnen Produktionsstätten abgestuft und schwankt zwischen 18 und 24 Prozent.

Das Gesetz zum Schutze der Einleger wird, wie das „Česke Slovo“ berichtet, in der Herbstsession dem Parlamente vorgelegt werden. — Die Absicht des Gesetzes ist die Verschärfung der Kontrolle, wobei noch unentschieden ist, ob diese eine Revision seitens des Staates oder seitens des Bankverbandes sein soll, der obligatorisch wäre. Die Bankdirektoren sollen mit ihrem ganzen Vermögen für den Stand der Banken haftbar gemacht werden. Grundsätzlich soll kein Bankdirektor sein Vermögen in einer anderen Anstalt anlegen dürfen als in der, deren Direktor er ist. Der Grund dieser Maßnahme liegt darin, daß die Verwaltungsräte der Banken gewöhnlich wenig über den Stand der Institute informiert sind.

Ein neuer Ausbruch auf die Arbeiter-Löhne in der Papierindustrie.

Raum daß der neue Kollektivvertrag für die Papierindustrie abgeschlossen und damit der Kampf um die Erhaltung der primitivsten Arbeiter-Rechte beendet ist, kommt die Ages (Unternehmerverband der Papierindustrie) schon wieder mit einem neuen reaktionären Anschlage. Am 1. August kündigte diese Unternehmerorganisation „im Auftrage ihrer Mitgliedsfirma“ den Lohnvertrag der Firma Mollbaum, Brüder Poral in Reichenberg zum sechsten Male. Eine Forderung der Firma wurde bis heute nicht bekanntgegeben, aber das eine ist sicher, daß der Lohnvertrag nicht gekündigt wurde, um die Arbeiter-Löhne zu erhöhen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß diese Lohnvertragskündigung einen neuen planmäßigen Vorstoß der reaktionären Schurmagier in der Papierindustrie darstellt. Deshalb ist es auch kein Zufall, daß diese Vertragskündigung von einer Firma ausgesprochen wurde, welche wegen ihrer besonders „humanen“ Behandlung von Arbeitern in der Papierindustrie zur Genüge bekannt ist. Fünf Etappen des Lohnabbaues haben die Arbeiter dieser Firma hinter sich, in denen sie sich durch verzweifelten Widerstand gerade soviel an Lohn erhalten haben, als sie zur Fortführung eines kümmerlichen Daseins benötigen. Den Schurmagier scheint nun auch dieses Minimum noch zu hoch zu sein und sie schämen sich nicht, einen sechsten Ausbruch auf die Taschen der Arbeiter zu unternehmen, trotzdem die Preise aller wichtigen Lebensbedarfsgegenstände im Steigen begriffen sind. Dabei sind die Herren der Firma Poral gute Christen, die bei Kirche und Pfaffen in hohem Ansehen stehen. Wie sie aber ihre christliche Mission auffassen, beweist vorfindend geschickter Akt, der nur so von „christlicher Nächstenliebe“ trieft. Mit diesem neuerlichen Anschlage werden die Firma und die Ages nur erreichen, daß die Arbeiterklasse ihren „christlichen Brotgeber“ richtig einschätzen lernt.

Deutsch-französische wirtschaftliche Kooperation in Oesterreich.

Die Wiener Zeitschrift „Die Börse“ veröffentlichte kürzlich eine Notiz, wonach die Hälfte von den eininhalb Millionen Mark neuen Aktien der von Stinnes kontrollierten Alpinen Montangesellschaft in den Besitz der französischen Waffen- und Munitionsfabrik Schneider-Creusot gelangt sei. Da die Essener „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, die über die westfälische Schwerindustrie recht gut unterrichtet ist, diese Notiz ohne Kommentar nachdruckt, kann kein Zweifel über die Verständigung des Stinnes-Trusts mit der französischen Schwerindustrie über die Wirtschaft in den österreichischen Nachfolgestaaten bestehen. Die Außenpolitik in Deutschland und besonders auch in Frankreich, wo man immer noch das Schreckensgespenst des waffenfabrizierenden Deutschlands an die Wand malt, wird dadurch charakterisiert, daß die von Hugo Stinnes

beherrschte Alpine Montangesellschaft augenblicklich mit Hochdruck Untertheile für französische Kanonen anfertigt.

Veränderungen der Kosten der Lebenshaltung und der Löhne in Großbritannien.

Die Kosten der Lebenshaltung hatten in Großbritannien im November 1920 ihren Höhepunkt erreicht. Damals standen sie 176 v. H. über dem Niveau vom Juli 1914. Die hierauf eintretende Senkung war fast ununterbrochen. Ende 1922 waren die berechneten Durchschnittskosten von Nahrung, Kleidung, Miete, Heizung, Beleuchtung usw. noch um 80 Prozent höher als bei Kriegsausbruch, im März 1923 betrug der Unterschied 76 Proz. und im Juni 1923 69 Proz. — Anfangs 1921 begannen auch die Löhne zu sinken. Soweit die Bewegungen der Löhne statistisch feststellbar sind, erlitten 1921 7.200.000 und 1922 7.600.000 Arbeiter Kürzungen ihrer Löhne, abgesehen von Verringerungen des Einkommens durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Vom Januar bis einschließend Mai 1923 erlitten noch weitere 2.352.000 Arbeiter Lohnkürzungen und 764.000 Arbeiter erlangten Lohnerhöhungen. Im Mai waren die Lohnerhöhungen schon nahezu ebenso umfangreich wie die Lohnkürzungen.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

| | | |
|------------------|-------------|----------|
| Zürich | Schw. Frank | 16.50'00 |
| Berlin | Mark | 3325'00 |
| Wien | Silber. Kr. | 2065'00 |

Prager Kurse am 1. August.

| | Gold | Ware |
|---------------------------------|-----------|-----------|
| 100 holl. Gulden | 1353'00 | 1357'00 |
| 10.000 Mark | 0.39'00 | 0.39'50 |
| 100 belg. Franken | 165'00'00 | 166'30'00 |
| 100 schweiz. Franken | 614.75'00 | 617.25'00 |
| 1 Pfund Sterling | 154.75'00 | 156.25'00 |
| 100 Lire | 140.95'00 | 151.45'00 |
| 1 Dollar | 34.05'00 | 34.45'00 |
| 100 irana. Franken | 201.00'00 | 202.50'00 |
| 100 Dinar | 35.75'00 | 36.25'00 |
| 10.000 magyar. Kronen | 16.50'00 | 18.50'00 |
| 10.000 poln. Zloty | 1.64'25 | 1.65'75 |
| 10.000 österr. Kronen | 4.67'00 | 5.17'00 |

Züricher Schlusskurse am 1. August.

| | Gold | Ware |
|--------------------|------------|------------|
| Paris | 32.35'00 | 32.50'00 |
| London | 25.54'50 | 25.58'00 |
| Berlin | 0.00.04'70 | 0.00.05'25 |
| Mailand | 24.15'00 | 24.30'00 |
| Holland | 220.00'00 | 220'75 |
| Wien | 0.00.78'75 | 0.00.79'25 |
| Budapest | 0.02'25 | 0.03'00 |
| Prag | 16.45'00 | 16.55'00 |
| New York | 5.59'25 | 5.60'25 |
| Belgrad | 5.70'00 | 5.85'00 |
| Warschau | 0.00.22'50 | 0.00.27'50 |

Wetterberichte

Der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

| 1. August 1923 morgens | Windrichtung in Vertiefung | Temperatur °C | Wolkenbildung u. Niederschlag (0-15) | Wetter | Regen- niederschlag Temperatur nachts, mittl. |
|------------------------------|-------------------------------|---------------|--|--------|--|
| Prag | 753 | 17 | W ₂ | Regen | 1 23 |
| Brünn | 754 | 17 | — | Regen | 4 29 |
| Wit Tola | 755 | 23 | SSW ₁ | bed. | 0 31 |
| Wienjavit | 754 | 9 | NO ₁ | bed. | 0 11 |
| Stornowal (Gehrd.) | 748 | 12 | NO ₁ | bed. | 0 14 |
| Salencia (Irland) | 754 | 14 | NW ₁ | bed. | 3 14 |
| London | 752 | 13 | WSW ₁ | bed. | 4 15 |
| Wifire (Norweg.) | 744 | 13 | SO ₁ | bed. | 2 15 |
| Paparanda | 752 | 10 | NO ₁ | bed. | 0 14 |
| Stockholm | 747 | 14 | O ₁ | Rebel | 1/2 15 |
| Damburg | 746 | 15 | SW ₁ | bed. | 1/2 20 |
| Warschau | 752 | 19 | SW ₁ | bed. | 1/2 11 |
| Paris | 750 | 15 | SW ₁ | bed. | 5 11 |
| Zürich | 758 | 15 | W ₁ | bed. | 35 28 |
| Wien | 755 | 18 | W ₁ | bed. | 29 28 |
| Belgrad | — | — | — | — | — 11 |
| Budapest | 761 | 21 | — | bed. | 1/2 11 |
| Bratislava | 758 | 20 | SW ₁ | bed. | 0 32 |
| Athen | 757 | 20 | NNO ₁ | bed. | 0 11 |

Höhenstationen (Luftdruck nicht reduziert):

| | | | | | |
|---------------------|-----|----|------------------|-------|------|
| Donnersberg (840) | 650 | 12 | WSW ₁ | Regen | 4 17 |
| St. Smolovec (1025) | 672 | 16 | SSW ₁ | bed. | 5 21 |
| Schneekoppe (1616) | 620 | 7 | SW ₁ | Regen | 7 9 |
| Jugsljive (2860) | — | — | — | — | — 9 |

11-19. AUGUST
IV. INT. REICHENBERGER MESSE
1923

Deutscher Theatergarten
Neue großes Konzert
Anfang 3 Uhr. 1748 Anfang 3 Uhr.

Unio-Fliegenfänger

Seit 37 Jahren:
KALODONT
Zahncreme

spart viel Aerger und Geld!
Unio-Werke, G.m.b.H., Pilsen.
Filiale PRAG I., Mikuláská 22.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Schludenz-Bahnweg.

Sonntag, den 5. August findet in Bahn Gasthaus in Schludenz die ordentliche Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: Berichte, die Gemeindevahlen und Allgemeines. Beginn halb 2 Uhr nachmittags.

Frauenbewegung.

Frauen-Bezirkskonferenz Niederleutensdorf.

Am Sonntag, den 20. Juli fand in Niederleutensdorf eine Frauen-Bezirkskonferenz statt. Es waren das Bezirksfrauenkomitee und die einzelnen Frauensektionen durch Delegierte vertreten. Die Partei-Bezirksvertretung war durch den Gen. Blohs vertreten. Als Referent war die Genossin Liewald vom Kreiskomitee erschienen. Zum ersten Punkte „Berichte“ teilt die Vorsitzende zunächst den Markenbericht der einzelnen Lokalorganisationen mit. Ferner berichtet sie, daß ein Funktionärkursus und vier Bezirksvorträge abgehalten wurden. Bei den Bezirksvorträgen wurden folgende Themen behandelt: „Proletarisches Familienleben“, „Haushalt und Konsumverhältnisse“, „Arbeiterin und Gewerkschaft“, „Gewerkschaft der Mädchen“. Außerdem wurden sechs Weihnachtskinderseier in Bezirken abgehalten und im Freizeitsamstag Kinderausflüge veranstaltet. In organisatorischer Beziehung wurden regelmäßig Frauensektionsversammlungen abgehalten, in denen auch die Abgeordnete Deutsch in sechs Bezirken über das Thema: „Die Arbeiterin im wirtschaftlichen Kampfe“ sprach. Die Genossin Pejanz-Briz und Genossin Aler-Komolac referierten ebenfalls in Frauenversammlungen. In Punkt 2 erträtete die Genossin Liewald ein ausführliches Referat über die kommenden Gemeindevahlen. Zunächst schilderte sie in übersichtlicher Weise die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevorteiler in den Gemeinden und befahte sich dann mit den Vorarbeiten zu den kommenden Gemeindevahlen. Besondere Aufmerksamkeit erzielte die Genossin Liewald bei der Besprechung der weiblichen sozialdemokratischen Gemeindevorteilungsmitglieder, die es überall als ihre erste Pflicht ansehen, die Forderungen der Männer und Kinder zu erfüllen. Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen. In der Debatte sprach Genossin Blohs. Er geißelte besonders die Haltung der deutschbürgerlichen Gemeindevorteilungsmitglieder, die, obwohl sie sich immer als Arbeiterfreunde aufspielen, bei jeder Gelegenheit arbeitereindlich wirken. Mit dem Hinweis, daß die Arbeiterfrauen im bevorstehenden Gemeindevahlkampf alle ihre Fähigkeiten und Kräfte in den Dienst der guten Sache zu stellen haben, schloß Genossin Blohs seine Ausführungen. Nachdem im Punkt „Allgemeines“ besondere Angelegenheiten nicht zu erledigen waren, schloß die Vorsitzende Genossin Nerker die schön verlaufene Konferenz.

Herausgeber: Dr. Ludwig Eger und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: C. Hollk.

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Julius Meinl

Kaffee-Import
Tee-Import
Kakao
Schokolade
Prag VIII
Kralovská tr.

Bestverwaltung nach allen Orten.
Verpackungsgespen und Packmaterial
werden nicht berechnet.